

## Versus – A 21st Century Government: What Should It Be?

USA

JANINA MANGOLD

Juni 2010

The Urban Institute, 25.06.2010

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Solange Regierungen demokratisch von einer Gesellschaft gewählt werden, solange setzen sich diese Gesellschaften auf manchmal mehr und manchmal weniger friedvolle Art und Weise mit ihnen auseinander. Derzeit herrsche, laut Moderator Reischauer, eine beträchtliche Unzufriedenheit mit der amerikanischen Regierung. Im März 2010 waren 52 Prozent der amerikanischen Bevölkerung der Ansicht, dass die Regierung zu groß und zu mächtig sei. 77 Prozent verbanden mit der Regierung sogar verärgerte, frustrierte Erfahrungen. Laut neuesten Umfragen seien nur 22 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass die Regierung das Richtige täte – ein neuer Tiefstand seit den 1960ern. Auch wenn es schwierig sei, eine allgemein gültige Antwort auf die Frage zu finden, wie die perfekte Regierung denn nun aussehen müsste, ging das Urban Institute dennoch mit zwei Experten dieser Frage nach. Geladen waren die Buchautoren John Samples vom liberalen CATO Institute und Eugene Steuerle vom veranstaltenden Urban Institute. Moderator dieser Diskussionsrunde war Robert Reischauer, Präsident des Urban Institutes und ehemaliger Direktor des Congressional Budget Office.

John Samples machte gleich zu Beginn seiner Ausführungen deutlich, dass er als Vertreter eines liberalen Think Tanks eindeutig Freiheit, Unabhängigkeit und die politische Kultur einer eingeschränkten Regierung favorisiere. Man müsse Individuen auf eine legitime Art und Weise in ihrem Handeln stärken. Bedenken habe er vor allem beim

Ausgabeverhalten der Regierung. Es sei eine politische Herausforderung, dass in diesem Bereich ein Umdenken stattfände und mehr Verantwortungsbewusstsein herrsche. Es sei auf jeden Fall wichtig, laut Samples, dass die Rolle der Regierungen kleiner und die der Gesellschaften deutlich größer werde. In der amerikanischen Geschichte hätte es immer zwei verschiedene Ansichten gegeben, was die richtige Regierungsarbeit anbelange. Der 4. US-amerikanische Präsident, James Madison, sei der Vertreter der eingeschränkten Regierung gewesen, der sich zudem stets für die individuelle Freiheit stark machte. Alexander Hamilton, der Gründervater der Vereinigten Staaten von Amerika, setzte sich dagegen für eine starke Zentralregierung gegenüber den Einzelstaaten ein. Diese zwei Perspektiven seien auch heute noch in groben Zügen erhalten.

Der zweite Diskussionsteilnehmer, Eugene Steuerle, war der Ansicht, dass es auf die Größe der Regierungen ankomme. Die Regierung sei schließlich nicht nur dazu da, sich nur stetig zu vergrößern. Auch der Erfolg ließe sich nicht ausschließlich an der Größe fest machen. Es gebe zwar von allen Seiten den Vorschlag, Regierungen zu regulieren, aber es geschehe nicht viel. Dies läge wohl hauptsächlich daran, dass sich die politischen Kräfte dagegen sträuben. Auch wenn die Bevölkerung eigentlich eine überschaubarere Regierung befürworten würde, sei es dennoch schwierig, wohlfahrtsstaatliche Programme zu kürzen. Es käme mehr darauf an sicherzustellen, dass Regierungen

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**

JANINA MANGOLD

**Juni 2010**

**[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)**

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

effektiv, effizient und fair arbeiten. Das Urban Institute sei gerade deshalb gegründet worden, um zu evaluieren, ob staatliche Programme ihren Zweck erfüllen. Man hätte in den letzten Jahrzehnten viel Expertise erworben in diesem Bereich. Fraglich sei nur, ob Programme, die nicht funktionieren, auch tatsächlich abgesetzt werden. Steuerle argumentierte, dass es bei einer umfangreicheren Regierung lediglich darauf ankäme, die zur Verfügung stehenden Mittel richtig einzusetzen. Momentan würde seiner Meinung nach das Geld nicht effizient eingesetzt. Er sei deshalb beunruhigt, dass in das jetzige System zu viel Geld investiert werde ohne an nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der nächsten Generationen zu denken.

Beide Diskussionsteilnehmer betonten abschließend, dass es immer auf die Perspektive ankäme, um die „perfekte“ Regierung für das 21. Jahrhundert zu finden und man – unabhängig von der tatsächlichen Größe der Regierung – zum Wohle der Bevölkerung handeln müsse.